



HESSISCHER LANDTAG

11. 06. 2025

Plenum

Antrag

**Fraktion der CDU,
Fraktion der SPD**

Wissenschaftsfreiheit ist ein Grundrecht

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Hessische Landtag bekräftigt, dass die Wissenschaftsfreiheit, die im Grundgesetz Art. 5 Abs. 3 und zudem in Art. 10 der Hessischen Landesverfassung verankert ist, ein Grundrecht ist, das für alle gilt, die in wissenschaftlicher Weise tätig sind oder werden wollen, und unabhängig von äußeren Einflüssen, Vorgaben und insbesondere Zensur gewährt werden muss.
2. Der Hessische Landtag befürwortet ausdrücklich, dass sich die Landesregierung zu einer offenen Forschungskultur ohne Denkverbote bekennt und diese, wo immer erforderlich, auch gewährleisten und verteidigen wird, und begrüßt es, dass sie Hessen als Wissenschaftsstandort stärken und attraktive Bedingungen für exzellente Forschende aus aller Welt schaffen möchte.
3. Der Landtag stimmt überein, dass die hessischen Hochschulen eine sehr hohe Bedeutung für die zukünftige Entwicklung unseres Landes haben und deren Autonomie unter allen Umständen gewahrt werden muss, und befürwortet das Ansinnen der Landesregierung, diese Autonomie im Rahmen der Evaluation und Fortschreibung des Hessischen Hochschulgesetzes zu stärken.
4. Der Landtag erkennt an, dass sich die Landesregierung ambitionierte Ziele für die weitere Entwicklung der Hochschulen im Rahmen des Hochschulpaktes 2026-2030 gesetzt hat. Sie wird diese auch in einer wirtschaftlich herausfordernden Zeit bei komplexer Haushaltslage konsequent weiterverfolgen mit dem Ziel, die Autonomie der hessischen Hochschulen zu stärken.
5. Der Angriff auf die Freiheit der Wissenschaft und damit auf Forschung und Lehre in zahlreichen Ländern sind Mahnung und Warnung zugleich. Der Hessische Landtag ist sich bewusst, dass die Wissenschaftsfreiheit auch in Deutschland und Hessen von extremen Kräften immer wieder in Frage gestellt wird und stellt sich entschieden gegen jegliche Versuche ihrer Einschränkung oder Aushöhlung. Versuche, die Freiheit der Wissenschaft einzuschränken, wie wir sie in vielen Ländern, derzeit leider auch bei unserem bislang wichtigsten transatlantischen Partner, den Vereinigten Staaten von Amerika, erleben müssen, schaden dem wissenschaftlichen Fortschritt, auch in lebenswichtigen Bereichen wie der Klima- und Gesundheitsforschung, und damit allen Menschen weltweit. Die Lösung von globalen Problemen kann nur erfolgen, wenn global exzellente Forschung in der Lage ist, sich frei zu entfalten und zu vernetzen. Wissenschaft lebt von Freiheit und von Kooperation.
6. Der Hessische Landtag betont seine Solidarität mit den betroffenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, unterstreicht die Wichtigkeit des Austausches und der internationalen Zusammenarbeit zwischen Europa und den Vereinigten Staaten, insbesondere in Zeiten globaler Unsicherheit und ermutigt hessische Hochschul- und Forschungseinrichtungen auch weiterhin eng mit US-amerikanischen Institutionen zu kooperieren. Die USA sind ein wichtiger Partner für Hessen und die Bundesrepublik Deutschland. Ausdruck dieser Partnerschaft sind unter anderem die aktuell bestehenden 135 Hochschulkooperationen mit den Vereinigten Staaten. Allein mit Hessens Partnerbundesstaat Wisconsin existieren 40 Kooperationsvereinbarungen.

7. Der Hessische Landtag bittet die Landesregierung kontinuierlich zu prüfen, inwieweit weitere Mittel und Möglichkeiten vorhanden sind, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, deren Wissenschaftsfreiheit im Ausland bedroht ist, Forschung und Lehre an hessischen Hochschulen zu ermöglichen und begrüßt in diesem Zusammenhang ausdrücklich die bereits vorhandenen Bemühungen, Talenten in Hessen eine Perspektive zu bieten, damit diese ihre wissenschaftlichen Karrieren hier fortsetzen können. In diesem Zusammenhang erachtet der Hessische Landtag die bereits vorhandenen Förderprogramme als wichtig und sieht insbesondere in den LOEWE-Spitzenprofessuren und -Startprofessuren ein Instrument, mit dessen Hilfe exzellente Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler für Hessen gewonnen werden können.
8. Der Landtag wird die Pläne der Landesregierung unterstützen, das LOEWE-Förderprogramm auskömmlich zu finanzieren, um Spitzenforscherinnen und -forscher nicht nur besser in Hessen halten, sondern zukünftig auch mehr internationale Forschende für Hessen gewinnen oder zurückgewinnen zu können. Auch das kürzlich implementierte Programm zur „Stärkung der Demokratieforschung Hessen“, das sich speziell an Forschende und Lehrende aus dem Bereich Geistes- und Sozialwissenschaften richtet und damit einer Disziplin, die sich international und in Deutschland einem steigenden Druck ausgesetzt sieht, gehört zu den Maßnahmen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 10. Juni 2025

Für die Fraktion
der CDU
Die Fraktionsvorsitzende:
Ines Claus

Für die Fraktion
der SPD
Der Fraktionsvorsitzende:
Tobias Eckert